

8. Die Hoffnung auf "Big Three Unity": Der CIO und der Beginn des Kalten Krieges, 1945-1947

"The Shock of Peace": Das Problem der *Reconversion*

Je mehr der Krieg sich seinem Ende näherte, desto drängender wurde die Frage der *reconversion*, der Umstellung von einer stark regulierten Kriegswirtschaft zu einer marktorientierten Friedensökonomie. Dabei mußte sowohl eine hohe Arbeitslosigkeit und eine daraus entstehende Unterkonsumtionskrise wie auch eine Preis-Lohn-Spirale mit den damit verbundenen abrupten Konjunkturreinbrüchen (ein sogenannter *boom-bust-cycle*) vermieden werden.²¹¹ Massive Arbeitslosigkeit hätte für die Gewerkschaften einen Verlust an Mitgliedern und somit auch an institutioneller Sicherheit bedeutet. Nach Ansicht der CIO-Führung konnte dies nur verhindert werden, wenn Administration und Kongreß eine Politik der Vollbeschäftigung und stetiger, substantieller Lohnerhöhungen unterstützten. Nur so konnte die aggregierte Kaufkraft erhalten und ausgebaut werden und ein expandierender Markt für Konsum- und Investitionsgüter entstehen - Versatzstücke einer klassischen keynesianischen Wirtschaftspolitik. Auch die Erfahrungen, die die organisierte Arbeitnehmerschaft nach dem Ersten Weltkrieg gemacht hatte, spielten eine Rolle. Die Fortschritte, die die Arbeitnehmer damals während des Krieges erreicht hatten, wurden nach den Streiks des Jahres 1919 durch eine gewerkschaftsfeindliche Arbeitgeberschaft und politische Führung wieder zunichte gemacht. Dies sollte sich nach *V-E* und *V-J-Day* nicht wiederholen.

Die Forderungen des CIO für die unmittelbare Nachkriegszeit waren im wesentlichen sozialstaatliche Maßnahmen. Ergänzungen der Leistungen des G.I. Bill und staatliche Beschäftigungsprogramme standen ebenso im Forderungskatalog wie öffentlicher Wohnungsbau, Investitionen in das Schul- und Erziehungswesen, aber auch - dies sollte später im Zusammenhang mit dem

²¹¹ Vgl. Dulles/ Dubofsky: *Labor*, p.334

Marshall-Plan wichtig werden - Exportsubventionierung durch Kredite und Kapitalhilfen für die europäischen Alliierten.²¹² Doch das zentrale Anliegen des CIO war die Erhaltung der Massenkaufkraft als Konjunkturmotor. Die Gewerkschafter forderten 1945 eine allgemeine Lohnerhöhung von bis zu 20 Prozent, um die Kaufkraftverluste durch die nach Ende des Kriegs wieder in die Höhe schnellende Inflation auszugleichen. Dies sei möglich, ohne eine Lohn-Preis-Spirale auszulösen, denn die Unternehmensgewinne lagen nach Regierungsangaben um 150% über dem Vorkriegsdurchschnitt.²¹³ Gleichzeitig sollten von der Regierung strikte Preiskontrollen durchgesetzt werden.²¹⁴ Die CIO-Führung favorisierte ein System der Zusammenarbeit von Regierung, Unternehmern und Gewerkschaftern, das den Übergang zur Friedenswirtschaft koordinieren und sowohl tarifpolitische Eckwerte als auch die schrittweise und kontrollierte *reconversion* ganzer Industrien aushandeln sollte - ähnlich, wie es der *Industrial Council Plan* zur Koordinierung der Kriegswirtschaft vorsah.²¹⁵

Der neue Präsident, Harry S. Truman, war den Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft durchaus aufgeschlossen und teilte die Lohn-Preis-Analyse der Gewerkschafter. In einer Rede am 20. Oktober 1945 erklärte er:

Wage increases are imperative, to cushion the shock to our workers, to sustain adequate purchasing power and to raise national income...Fortunately there is room in the existing

²¹² Diese Forderungen wurden in einer Reihe von Pamphleten an die Öffentlichkeit gebracht, z.B. in: National CIO Community Services and CIO Veterans Committee (ed.): *The CIO and the Veteran*. New York, NY o.J. (1945 ?); *The Answer is: Full Employment*. CIO-PAC Pamphlet of the Month No.4, New York, NY o.J. (1945 ?); *Jobs for All After the War*. CIO-PAC, New York, NY o.J. (1944 ?), hierin ausführlich die Forderung nach Exportsubventionierung durch Auslandskredite, pp.17

²¹³ Vgl. Dulles, Forster Rhea & Melvyn Dubofsky: *Labor in America. A History*. Fourth Ed., Harlan Davidson, Arlington Heights, Ill. 1984, p.335

²¹⁴ Diese Forderungen sind zusammengefaßt in: *Final Proceedings of the Ninth Constitutional Convention of the Congress of Industrial Organizations*, 1947, pp.61-63

²¹⁵ Die Haltung zur *Reconversion* in in den Quellen in: John Brophy, Clinton S. Golden, J. Raymond Walsh: *Report No.1 of the CIO Post-War Planning Committee*. 1944. Außerdem in einem für die Öffentlichkeit gedachten Pamphlet: Gaer, Joseph: *The People's Plan for Reconversion*. CIO-PAC Pamphlet of the Month No.2, New York, NY o.J. (1945?)

price structure for business as a whole to grant increases in rates.²¹⁶

Diese Aussagen stießen bei den weitaus meisten Arbeitgebern, aber auch bei vielen Politikern der Demokratischen Partei auf Ablehnung. Das politische Klima hatte sich gewandelt: Eine arbeitnehmerfreundliche Politik der Administration hatte nicht unbedingt in Politik und Gesellschaft eine Mehrheit. Zwar gab es einige Unternehmer, die im *collective bargaining* eine Stabilisierung der Tarifbeziehungen sahen und aufgrund der guten Geschäfte mit der Regierung während des Krieges keine Vorbehalte gegen staatliche Nachfragepolitik hatten, doch sie stellten eindeutig eine Minderheit dar. Die CIO-Führung hatte die Stimmung unter den Arbeitgebern falsch eingeschätzt: Sie waren in der Mehrheit entschlossen, den New Deal und dessen Arbeitnehmerfreundlichkeit zurückzudrängen und fanden in der Öffentlichkeit deutlich mehr Unterstützung als vor dem Krieg. Doch die Gewerkschaften waren nicht bereit, die Kaufkraftverluste durch die hohe Inflation als selbstverständlich hinzunehmen. An der Basis regte sich bald Unmut, der sich teilweise in wilden Streiks Bahn zu brechen begann. Unter diesen Umständen waren größere Arbeitskämpfe unausweichlich. Ein Versuch Trumans, im Rahmen einer *Labor-Management*-Konferenz zu einer Übereinkunft über die Eckwerte künftiger Tarifpolitik zu kommen, scheiterte im November 1945. Wie sich zeigen sollte, kam auch der Präsident, der potentiell wichtigste Verbündete der Gewerkschaften, immer mehr unter Druck. Die Wahlen 1946 sollten für ihn - und auch für den CIO - eine schwere Niederlage bringen.²¹⁷ Das veränderte öffentliche Klima und die Auseinandersetzungen um *Reconversion* und Lohnpolitik bildeten den Rahmen für die außenpolitische Meinungsbildung innerhalb des CIO.

²¹⁶ Dulles/Dubofsky: *Labor*, p.335

²¹⁷ Lichtenstein, *Labor's War at Home*, p.219

Die Hoffnung auf Kooperation der Großmächte

Wie viele andere Amerikaner auch hofften die Funktionäre und Mitglieder der CIO-Gewerkschaften, daß die Großmächte nach dem Sieg über die gemeinsamen Feinde freundschaftlich kooperieren würden. Der CIO verlieh dieser Hoffnung dadurch Ausdruck, daß mit den sowjetischen Gewerkschaften für den Sommer und Herbst 1945 ein gegenseitiges Besuchsprogramm vereinbart wurde. Im Juli und August war eine zehnköpfige sowjetische Delegation Gast der CIO in den USA, und im Herbst reiste eine CIO-Delegation in die Sowjetunion. Der Austausch wurde vom Präsidenten begrüßt, und State Department und Streitkräfte waren bei der Organisation behilflich. In ihren öffentlichen Stellungnahmen wurde die Sowjetunion von den amerikanischen Besuchern mit herzlichen Worten bedacht. James Carey äußerte in einer Rede:

When I visit Your plants, I feel that I am in our own American establishments. When I speak here I feel as if I am speaking in my own country. All this bespeaks the fact that we and You have one mind, the same aspirations, the same community of interests.²¹⁸

In seinem Abschlußbericht über die Reise lobte Carey das Engagement der sowjetischen Gewerkschaften für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohlergehen ihrer Mitglieder und drängte auf eine engere Zusammenarbeit der USA mit der Sowjetunion. Die USA sollten der UdSSR beim Aufbau der Industrie mit Maschinen und Krediten behilflich sein. In einem Vorwort äußerte Philip Murray die Hoffnung, der Bericht möge dazu beitragen, eine Aufteilung der Welt in Machtblöcke zu verhindern. Die Weiterführung der amerikanisch-sowjetischen Kooperation sei zur Bewahrung des Weltfriedens und der internationalen ökonomischen Prosperität unabdingbar.²¹⁹

Die freundlichen Worte täuschen. Innerhalb der CIO-Delegation gab es große Reibereien und gegenseitiges Mißtrauen. So dauerte es fünf Monate, bis

²¹⁸ Zit. nach Lenburg, CIO,p.132

²¹⁹ "Chairman Carey's Chickens", Time, XLVII, April 1, 1946, p.29.

man sich auf den erwähnten Abschlußbericht der achttägigen Reise einigen konnte. Allan Haywood, auf dem rechten, sozialdemokratischen Flügel zu Hause, hielt die Reise für einen Mißerfolg. Sein Freund Emil Rieves verweigerte die Unterschrift unter den Report und griff den Redakteur der *CIO News*, Len DeCaux, heftig an, weil dieser in den *CIO News* über die Reise berichtete, bevor der Report offiziell Philip Murray überreicht worden war. Die Linken hatten gefordert, daß DeCaux den Abschlußbericht erstellte, sich damit aber nicht durchsetzen können.²²⁰

Die betont höfliche Haltung gegenüber der Sowjetunion waren ebenso Ausdruck der Hoffnung auf ein friedliches und kooperatives Klima zwischen den USA und der Sowjetunion wie auch der Versuch, die zerbrechliche Allianz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten innerhalb des CIO zusammen zu halten. Da sie offensichtlich die Sprengkraft unterschiedlicher außenpolitischer Prioritäten fürchteten, hatten sich rechter und linker Flügel kurz vor Kriegsende darauf geeinigt, zeitweise keinerlei außenpolitische Entscheidungen zu treffen und öffentlich zu internationalen Angelegenheiten Stellung zu beziehen.

Die Auseinandersetzungen um die Rolle der WFTU bei der UNO

Diese Abmachung wurde jedoch nicht eingehalten. James Lenburg übernimmt zwar in seinem Buch die Aussage John Brophy's, die Vereinbarung sei im allgemeinen bis 1947 eingehalten worden, doch dies entspricht nicht den Tatsachen.²²¹ Einzelne Gewerkschaften und Funktionäre äußerten sich zu fast jedem außenpolitischen Thema der Zeit, und auch die CIO-Führung äußerte sich zur Außenpolitik. Entscheidend ist, daß die CIO-Führung, die ja mehrheitlich aus Sozialdemokraten bestand, es in diesen Jahren vermied, zur Außenpolitik in einer Weise Stellung zu beziehen, die die Kommunisten hätte befremden

²²⁰ a.a.O; DeCaux, Len: *Labor Radical. From the Wobblies to the CIO*. Boston, Beacon Pr. 1969, p.286-287

²²¹ So Lenburg, CIO, p.132

können. Bei innergewerkschaftlich unstrittigen Themen hielt man sich mit Stellungnahmen nicht zurück.

Einigkeit bestand innerhalb des CIO im Konflikt um die Rolle der neugegründeten internationalen Gewerkschaftsorganisation WFTU bei den Vereinten Nationen. Die WFTU bemühte sich um den Status einer beratenden Organisation beim *United Nations Economic and Social Council* (ECOSOC).²²² Während China, Frankreich und die Sowjetunion dies befürworteten, stieß dieses Ansinnen bei der britischen Regierung und den USA auf Ablehnung. Der amerikanische Delegierte, Senator Tom Connally, bezeichnete die WFTU als "communist tainted, if not outright communist organization."²²³ Dabei spielte - außer der politischen Orientierung der WFTU - zum wiederholten Male die Konkurrenz zwischen AFL und CIO eine Rolle. Die AFL übte Druck auf die Truman-Administration aus: Sie wollte ebenfalls im ECOSOC vertreten sein. Im Januar 1946 vereitelte Connally den Vorstoß des sowjetischen UN-Delegierten Gromyko, der die WFTU als alleinige gewerkschaftliche Vertreterin beim ECOSOC anerkennen wollte. Zwei Monate später kam es zu einem Kompromiß: Die WFTU bekam Beraterstatus, ebenso jedoch auch die AFL. Das führte zu einer sehr verärgerten Stellungnahme des CIO Executive Board: Die Gleichrangigkeit von WTUC und AFL im ECOSOC sei "arbitrary and ill-considered".²²⁴

Die Besatzungspolitik der USA

Viele CIO-Funktionäre forderten von der Administration eine schnelle Demobilisierung - nicht anders als auch weite Teile der Öffentlichkeit. Philip Murray verlangte im Oktober 1945 den Einsatz aller verfügbaren

²²² Lenburg, CIO, p.135 spricht von "UNESCO"(United Nations Educational, Science, and Cultural Organisation), es handelt sich aber um das "ECOSOC" (Economic and Social Council)

²²³ Kampelman, Max: *The Communist Party vs. the CIO : A Study in Power Politics*. New York, Praeger 1957, p.238; Lenburg, p.134

²²⁴ New York Times, 16. März 1946, p.14

amerikanischen Schiffe, um die Soldaten aus Übersee heimzuholen. Clinton Golden, ebenfalls vom sozialdemokratischen Flügel, schrieb im Januar 1946 an sämtliche Kongressabgeordnete einen Brief, in dem er unterstellte, daß einige Soldaten lediglich zum Vorteil ihrer kommandierenden Offiziere im Dienst gehalten würden. Die von Kommunisten geleitete *National Maritime Union* stellte der Regierung ein Ultimatum und drohte mit Streik, falls bis zum 1. Dezember 1945 nicht die Rückkehr der G.I.s in die Wege geleitet worden sei.²²⁵

Auch die alliierte Deutschlandpolitik wurde vom CIO kritisch beobachtet. In den *CIO News* erschien Ende 1945 und Anfang 1946 eine Serie von Artikeln über die Besatzungspolitik, in denen die halbherzige Entnazifizierung beklagt wurde. Außerdem wurden amerikanische Konzerne bezichtigt, an einer Verschwörung beteiligt zu sein, die zum Ziel habe, die westlichen Besatzungszonen zu bewaffnen und zu einer Pufferzone gegen die Sowjets zu machen.²²⁶ Sidney Hillman monierte, daß amerikanische Geschäftsleute, jedoch keine Gewerkschafter im Alliierten Kontrollrat vertreten seien.²²⁷ Im Oktober 1945 bat Hillman Präsident Truman um die Erlaubnis, mit einer Kommission der WFTU die westlichen Besatzungszonen besuchen zu dürfen und verlangte, daß ein Repräsentant der WFTU als Berater des Alliierten Kontrollrats eingesetzt werde. Truman sicherte jede Unterstützung für die Besucherdelegation zu, erklärte jedoch, ein Beraterstatus der WFTU im Kontrollrat sei aufgrund der Vereinbarungen zwischen den Alliierten ausgeschlossen.

Bald darauf, im Januar und Februar 1946, machte sich eine Delegation der WFTU unter der Leitung von Hillman auf die Reise durch die westlichen Besatzungszonen. In ihrem Bericht bemängelten die Gewerkschafter die zu langsamen Fortschritte bei der Entnazifizierung und verlangten entschiedene Schritte der Alliierten zum Aufbau einer unabhängigen deutschen

²²⁵ New York Times, 28. November 1945, p.19

²²⁶ Lenburg, CIO, p.136

²²⁷ New York Times, 29. September 1945, p.11

Gewerkschaftsbewegung. Sidney Hillman jedoch lobte die Arbeit der amerikanischen Besatzungsmacht und hob dabei General Lucius D. Clay hervor: Er sei "entitled to our support".²²⁸ Nach dieser Reise gab es vom sozialdemokratischen Flügel des CIO keine weitere Kritik an der amerikanischen Besatzungspolitik.

Die Streikwelle 1945/46

In den beiden Jahren nach Kriegsende kam es zu den größten Arbeitskämpfen in der amerikanischen Geschichte. Ende 1945 befanden sich unter anderem 200.000 Automobilarbeiter, 300.000 Arbeiter in den Schlachthöfen, 180.000 Elektriker und 750.000 Stahlarbeiter im Streik.²²⁹ Trumans Reaktion darauf war für den CIO wenig erfreulich. In einer Botschaft an den Kongress forderte der Präsident das Recht, eine 60-tägige *cooling-off-period* anordnen zu können, bevor die Gewerkschaften einen Streik ausrufen konnten. Darüber hinaus verlangte er die Bildung einer Kommission, die Arbeitskonflikte untersuchen sollte (*fact-finding board*) und deren Entscheidungen für die Tarifpartner verbindlich sein sollten. Diese Forderungen verärgerten die CIO-Führung, kamen sie doch denjenigen entgegen, die eine striktere Regulierung gewerkschaftlicher Aktivitäten verlangten, und dies zu einem Zeitpunkt, als die Gewerkschaften in ihren Verhandlungen mit den Arbeitgebern auf jegliche Unterstützung angewiesen waren.²³⁰ Andererseits erwies sich das *fact-finding-board* als durchaus erfolgreiches Instrument: Im Tarifkonflikt in der Stahlindustrie legte die Kommission eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten seit 1941 um 33% zugrunde und trat für eine dementsprechende Lohnerhöhung ein. Davon ausgenommen wurden Firmen, deren Ertragslage eine solche Lohnerhöhung nicht zuließ. Die Tarifparteien akzeptierten den Kompromiß, der innerhalb kurzer Zeit auch von der Elektro-, der Fleisch- und Ölindustrie übernommen wurde. Selbst der bitterste Arbeitskampf, zwischen den *United*

²²⁸ Lenburg, *CIO*, p.138

Automobile Workers und *General Motors*, wurde mit Hilfe dieser Formel beigelegt. Im März 1946 war die Streikwelle im wesentlichen verebbt.²³¹

Das einzige größere Gesetzesvorhaben, das die Truman-Administration in den Jahren nach Kriegsende durchbrachte, war der *Employment Act* von 1946. Das Gesetz legte fest, daß die Regierung verpflichtet war, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Produktion und Kaufkraft aufrechtzuerhalten. Das war zwar wenig spezifisch und nur eine verwässerte Version dessen, was Truman ursprünglich gewollt hatte (in dem von Senator Wagner eingebrachten Entwurf war von der Verantwortung der Regierung für "full employment" die Rede, in dem späteren Gesetz hieß es "maximum employment"), dennoch wurde erstmals die unmittelbare Verantwortung der Regierung für Arbeit und Produktion festgeschrieben. Dementsprechend wurde das Gesetz von Liberalen und Gewerkschaftern lebhaft begrüßt.²³²

Dennoch verbesserten sich die Beziehungen zwischen Truman-Administration und CIO nicht. Im April und Mai 1946 kam es durch einen Streik der *United Mine Workers* und der *Railway Brotherhoods* (beide nicht im CIO) zu Engpässen bei der Stromversorgung und beim Transport vieler Güter. Truman erschien wütend vor dem Kongress und warf den Abgeordneten vor, Mitverantwortung für die Streiks zu tragen, weil sie seine oben beschriebene Gesetzesinitiative nicht verabschiedet hatten. Er verlangte eine einstweilige Verfügung (*injunction*) gegen die Gewerkschaften, sowie das Recht, Streikende in die Armee einzuziehen²³³ Diese ungewöhnlich harten Forderungen empörten die Gewerkschafter. Im Repräsentantenhaus wurde seine Gesetzesinitiative zwar angenommen, der Senat ließ sie jedoch im Sande verlaufen. Die Entfremdung zwischen Truman und dem CIO hatte ihren Höhepunkt erreicht.

229 Dulles/Dubofsky: *Labor*, p.336

230 Dulles/Dubofsky: *Labor*, p.338

231 Lichtenstein, *Labor's War at Home*, p.221-230

232 Ballard, Jach Stokes: *The Shock of Peace. Military and Economic Demobilization after World War II*. U. Pr. of America, Washington D.C., 1983, p.125-127

233 Lenburg, *CIO*. p.142; Dulles/Dubofsky: *Labor*, p.340

Die Wahl 1946

Gleichzeitig verschlechterte sich das allgemeine politische Klima für die Gewerkschaften. Viele Einzelstaaten verabschiedeten in den Jahren 1945 und 1946 Anti-Labor Gesetze²³⁴, und dem Kongress lagen außer dem von Truman geforderten Gesetz noch mehrere andere Entwürfe vor, die weit über dessen Vorschläge hinaus gingen. Diese Gesetzesentwürfe sahen unter anderem Einschränkungen des Streikrechts, Abschaffung des *union shop*, verbindliche Schlichtungen (*compulsary arbitration*), Einschränkungen des politischen Engagements von Gewerkschaften und hohe Geldstrafen für kleinere Vergehen von Gewerkschaften vor. Fast alle dieser Versatzstücke sollten ein Jahr später im *Taft-Hartley Act* wieder erscheinen. Die meisten dieser Gesetzentwürfe wurden 1946 im *Case Bill* zusammengefaßt und im Repräsentantenhaus verabschiedet. Das Haus konnte sich jedoch nicht gegen ein Veto Trumans durchsetzen.²³⁵

Die Kongreßwahlen des Jahres 1946 veränderten die politische Landschaft in den USA nachhaltig. Zum ersten Mal seit 1928 konnten die Republikaner in beiden Häusern eine Mehrheit erringen. Das CIO-PAC hatte die eigene Klientel nur unzureichend mobilisieren können.²³⁶ Der neue Kongreß war ein Bollwerk des Konservatismus und machte sich unter der Führung des bekannten Senators Robert A. Taft bald daran, den New Deal zu demontieren. Ein besonderer Dorn im Auge der New Deal-Gegner war der Wagner Act von 1935, dessen Bestimmungen die gewerkschaftliche Erschließung ganzer Industrien erst möglich gemacht hatte.²³⁷

²³⁴ Dokumentiert in: *Final Proceedings of the Ninth Constitutional Convention of the Congress of Industrial Organizations*, 1947, pp.88-89

²³⁵ *Conv. Proc.* 1946, p.76

²³⁶ So die Fehleranalyse des PAC in: *Conv. Proc.* 1947, p.87

²³⁷ zur Wahl 1946 und zu den Konsequenzen des Wahlausgangs für eine Wiederbelebung der Reformpolitik s. Blewett, Mary H.: "Roosevelt, Truman, and the Attempt to Revive the New Deal" in: Hamby, Alonzo F. *Harry S. Truman and the Fair Deal*. Heath, Lexington, Mass. 1974, pp.78-92, bes. pp. 91-92

Die Entfremdung der Großmächte

Die hochgesteckten Erwartungen der Amerikaner an die Nachkriegsordnung erfüllten sich nicht. Mit Unverständnis und Entsetzen reagierten amerikanische Politik und Öffentlichkeit auf die Installation kommunistischer Satellitenregime durch die Sowjetunion in Osteuropa. Die in der "Declaration on Liberated Europe" avisierten freien Wahlen bedeuteten offensichtlich für Stalin etwas anderes als für die westlichen Demokratien. In Rumänien, Bulgarien und Ungarn wurden umgehend von Moskau abhängige Regierungen an die Macht gebracht. Stalin schien fest entschlossen, einen *cordon sanitaire* abhängiger Staaten um die Sowjetunion herum zu schaffen, um ihrem Sicherheitsbedürfnis Genüge zu tun. Schon vor Kriegsende hatte es Meinungsverschiedenheiten über die Frage einer legitimen Regierung von Polen gegeben. Während die Sowjets auf Anerkennung der Lublin-Regierung (bestehend aus Exil-Kommunisten) drängten, wollten die Westmächte die Einbeziehung der Londoner Exilregierung in die Regierungsverantwortung. Truman gab Außenminister Molotov deutlich zu verstehen, daß Polen ein Testfall für die weitere Zusammenarbeit der Siegermächte sei. In dieser Atmosphäre fand das letzte Treffen der Spitzen der Alliierten in Potsdam statt. Die Besatzungszonen in Deutschland wurden bestätigt und ein Allierter Kontrollrat eingerichtet. Die Westmächte stimmten der zeitweisen Besetzung des deutschen Gebietes bis zur Oder-Neiße-Linie durch Polen zu, und Stalin mußte in der Reparationsfrage zähneknirschend einen Kompromiß hinnehmen. Das waren mit die letzten Kompromisse, die die ehemaligen Verbündeten schlossen.

Die Atmosphäre verschlechterte sich stetig. Die Sowjetunion weigerte sich im Winter 1945, ihre Truppen, wie zuvor vereinbart, aus dem Iran abzuziehen, nachdem Engländer und Amerikaner ihre Soldaten abgezogen hatten. Erst auf massiven Druck der USA und die Androhung von Gewalt hin zog Stalin seine Truppen schließlich doch im Mai 1946 zurück.

Zu diesem Zeitpunkt war das Vertrauen zwischen den Großmächten restlos zerstört. In einer aufsehenerregenden Rede erklärte Stalin am 9. Februar 1946, im kapitalistischen Staatensystem sei Krieg unvermeidlich, was im Westen auch von Liberalen als *de facto*-Kriegserklärung verstanden wurde.²³⁸ Am 22. Februar 1946 schickte der Diplomat George F. Kennan das sogenannte "Lange Telegramm" aus Moskau nach Washington, in dem er die entschlossene Eindämmung der sowjetischen Expansion durch die USA forderte. Dieses Telegramm, bereits ein Jahr später in *Foreign Affairs* veröffentlicht²³⁹, enthält die strategische Rechtfertigung für einen strikten Konfrontationskurs mit der Sowjetunion: Sie sei getrieben von einem fast überhistorischen, traditionellen Expansionsdrang einerseits und einer aggressiven, kompromißlosen Ideologie andererseits. Entschlossene Gegenmacht sei das einzige, worauf die Sowjetunion reagiere. Der ehemalige britische Premier Churchill, zwar abgewählt, aber dennoch mit großer staatsmännischer Autorität versehen, hielt am 5. März 1946 in Fulton, Missouri, in Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten eine Rede, in der er den "Eisernen Vorhang" beklagte, der quer durch Europa von den Sowjets gezogen worden sei. Auch er empfahl gegenüber der Sowjetunion eine Politik der Stärke, denn "what they desire is the fruits of war and the indefinite expansion of their power and doctrines."²⁴⁰

Reaktionen auf die Fulton-Rede

Die Reaktionen innerhalb des CIO auf die Churchill-Rede waren unterschiedlich. Der linke Flügel bezichtigte Churchill der Kriegstreiberei. Die Rede, so der linke Funktionär Krzycki, sei "nothing short of an ideological declaration of war on the Soviet Union."²⁴¹ Ein Kommentator der *UE News* (das Organ der von Kommunisten kontrollierten *United Electrical Workers Union*) erklärte, England brauche die militärische Hilfe der USA, um sein

²³⁸ s. LaFeber, *America*, p.38

²³⁹ Kennan, George F.: "The Sources of Soviet Conduct." in: *Foreign Affairs*, July 1947

²⁴⁰ s. LaFeber, *America*, p. 39

²⁴¹ New York Times, 16. März 1946, p.1;3

marodes Empire vor dem Kollaps zu bewahren und griff Präsident Truman an, weil er den Inhalt der Rede durch seine Anwesenheit in Fulton sanktioniert habe.

Die Reaktionen auf dem rechten Flügel waren weniger aggressiv, aber ebenfalls durchgehend ablehnend. So gab James Carey vom sozialdemokratischen Flügel im Juni 1946 an, noch nichts von einem "Eisernen Vorhang" in Europa bemerkt zu haben. Von einer WFTU-Konferenz in Moskau zurückgekehrt, erklärte er in einem Artikel für die liberale *New Republic*, die Sowjets seien "friendly and anxious to continue the establishment of a common ground of mutual understanding and joint action."²⁴² Das gegenseitige Verständnis hatte jedoch auf der Konferenz nur magere Früchte gebracht: Die Franco-Diktatur wurde verurteilt und gleichzeitig den nationalen Gewerkschaften empfohlen, auf ihre jeweilige Regierung Druck auszuüben, um Spanien international zu isolieren. Ansonsten wurden kontroverse Themen vermieden. Für Carey lag die Bedeutung der Konferenz offensichtlich jedoch auf einem anderen Feld. In einer Zeit der wachsenden Spannung und des Mißtrauens zwischen den Regierungen der Großmächte sollten nicht alle Kommunikationsstränge zwischen den Völkern gekappt werden:

*The Process of debating issues and of reaching a common-denominator position without rancor or bitterness, but with a determination to work together on a global scale, is in itself a step forward.*²⁴³

James Kroll, der Nachfolger des im Juli 1946 verstorbenen Sidney Hillman im Amt des PAC-Vorsitzenden, forderte die Wähler auf, nur Abgeordnete zu wählen, die hinter Roosevelts *One World*-Programm stünden. Andere Sozialdemokraten wie Jacob Potofsky behaupteten, Roosevelts Programm solle durch eine Haßkampagne der Isolationisten gegen die Sowjetunion untergraben

²⁴² Carey, James B.: "Trade Unionist in Moscow" in: *New Republic*, CXV, 5. August 1946, p.136

²⁴³ *ibid.*, p.137, meine Hervorhebung

werden.²⁴⁴ Auch Philip Murray und Sidney Hillman wiesen - ebenso wie das *Political Action Committee* - die Thesen Churchills zurück.

Auf der CIO-Convention im November 1946 wurde eine Resolution zur Außenpolitik verabschiedet, in der ausdrücklich eine Politik der "Einigkeit" (*Unity*) zwischen den Großmächten gefordert wurde. Auch hier gab es wieder den Rekurs auf den verstorbenen Präsidenten:

Above all, the common people of this country demand that there be a fulfillment of the basic policy of our late President Roosevelt for friendship and unity among the three great wartime allies....We reject all proposals for American participation in any bloc or alliance which would destroy the unity of the big three. If we fail to achieve unity, then the world faces a war which means destruction of humanity itself.²⁴⁵

An anderer Stelle wurde im aufgeklärten Eigeninteresse der USA Hilfe für "bedürftige Alliierte" gefordert:

We urge prompt loans to our needy allies to enable them to buy the raw materials and the tools to rehabilitate their countries. Such loans, at low interest rates, will be good for our allies, for us, for peace.²⁴⁶

Daß die in der Resolution aufgestellten Forderungen und Appelle einen Formelkompromiß zwischen rechtem und linkem Flügel darstellten, in dem sich jeder mit seinen Anliegen wiederfinden konnte, wurde klar, als sich Jack Altman vom sozialdemokratischen Flügel zu Wort meldete. Altman drängte darauf, daß die in der Resolution geforderte Einigkeit der Großen Drei auf den Prinzipien der Atlantik-Charta und der Vier Freiheiten beruhen müsse, sonst könne die *Big Three Unity* zu einem Instrument der Unterdrückung werden.²⁴⁷ Daß sich sein Mißtrauen in erster Linie gegen die Sowjetunion richtete, hatte er bereits zuvor zu verstehen gegeben. Im Hinblick auf den in der Resolution geforderten Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Spanien und Argentinien fragte Altman: "Soviet Russia made a pact with Hitler once. How

²⁴⁴ Lenburg, *CIO*, p.139

²⁴⁵ *Conv. Proc. 1946*, p.278

²⁴⁶ *Conv. Proc. 1946*, p.278

²⁴⁷ *Conv. Proc. 1946*, p.280

do we know that she won't make a pact with Franco?"²⁴⁸ Altmans Bitte um Ergänzung (*amendment*) der Resolution oder eine Rückverweisung in den entsprechenden Ausschuß stieß jedoch auf taube Ohren. Der - ebenfalls sozialdemokratische - Ausschußvorsitzende Van Bittner zeigte keinerlei Neigung, sich auf weitere kontroverse Diskussionen einzulassen und erklärte ungerührt, es hätten sich die Vorsitzenden von 28 Gewerkschaften mit dem Thema befaßt, und alle 28 hätten die Resolution im *Resolutions Committee* getragen. Dann ließ er abstimmen. Die Resolution wurde laut Protokoll mit "sehr großer" (*very large*) Mehrheit verabschiedet. Offensichtlich war niemand bereit, es über außenpolitische Fragen zu einem innergewerkschaftlichen Konflikt kommen zu lassen.

Dies hielt jedoch niemanden davon ab, die Regierung für ihre Außenpolitik zu kritisieren. Der linke Flügel des CIO war am Ende des Jahres 1946 auf direktem Konfrontationskurs mit der Administration. Truman, so die Vorwürfe, habe die Grundsätze der Politik Roosevelts über Bord geworfen und sei eine Marionette reaktionärer Geschäftsleute, die die USA in einen Konflikt mit der Sowjetunion treiben wollten. Reid Robinsons Kommentar zu George Wallace' Abgang aus dem Kabinett Truman brachte die Vorwürfe auf den Punkt: "If Wallace is out of the Cabinet, then it is my opinion that Wall Street sits in the White House." Die *UE News* verstiegen sich zu der Behauptung, der Handelsminister haben gehen müssen, weil er gegen die Kriegsvorbereitungen von Außenminister Byrnes opponiert habe. Die *Transport Worker's Union* erklärten, das Programm Roosevelts sei "turned and twisted, until it now faces in the opposite direction - toward the aggressive, destructive, imperialist war aims of Hoover, Dewey, Vandenberg, Taft, Byrnes and other schemers".²⁴⁹

Der rechte Flügel war in der Bewertung der Außenpolitik Trumans längst nicht so einig wie die Linke. Männer wie Murray, Hillman, Kroll und Potofsky äußerten auch Kritik an dem Konfrontationskurs mit der Sowjetunion, drängten

²⁴⁸ *Conv. Proc. 1946*, p.279

²⁴⁹ Lenburg, *CIO*, p.139

auf Verwirklichung der *One World* und warnten vor der Aufteilung der Welt in zwei feindliche Machtblöcke. Sie unterstellten der Administration jedoch nie die Vorbereitung eines neuen Krieges und hatten gegenüber der Sowjetunion deutlich gemischte Gefühle. So forderte CIO-Präsident Murray im Oktober 1946 gleichzeitig die Rückkehr zur Politik Roosevelts und verurteilte "war-mongering by any country whatever that thwarts a true democratic peace." Das amerikanische Volk wolle den Frieden, sei aber "not prepared to go through another Munich to achieve peace, and find themselves enslaved."²⁵⁰

Einige auf dem rechten Flügel gingen weiter und forderten von Truman eine härtere Politik gegenüber der Sowjetunion. Im Oktober 1946 gründeten 34 Funktionäre des rechten Flügels das *Committee for Democratic Unionism*, das die Sowjetunion als die "most aggressive power in the world today" verurteilte und die Administration aufforderte, die UdSSR zur Einhaltung der Prinzipien der Atlantik-Charta und der Vier Freiheiten zu zwingen. Doch auch sie wollten keineswegs das Modell einer wie auch immer gearteten "Big Power Unity" in Frage stellen - die Kooperation der Großmächte müsse jedoch auf den legitimen Rechten aller Völker und Nationen basieren.²⁵¹

Die Reise in die Sowjetunion

Unabhängig davon, daß die Hoffnung auf eine friedfertige Koexistenz der beiden Großmächte in weiten Teilen des CIO weiterbestand, trennte doch die Einschätzung der Sowjetunion die Linken und Rechten innerhalb des CIO scharf. Das zeigte sich besonders deutlich auf einer Reise einer CIO-Delegation nach Moskau im Herbst 1945. Noch im Flugzeug kam es zu Wortgefechten zwischen Rechten und Linken über den Lebensstandard in den USA im Vergleich zu demjenigen in der Sowjetunion.²⁵² Und so ging es die ganze Reise

²⁵⁰ Lenburg, *CIO*, p.140

²⁵¹ *Conv. Proc. 1946*, p.280, New York Times, 7. Oktober 1946, p.5

²⁵² *Interview with James B. Carey: The Reminiscences of James B. Carey*. Transcript of interviews conducted for the Oral History Research Office of Columbia University from

über weiter. Die CIO-Delegation war tief gespalten in Apologeten der Sowjetunion auf der einen und Kommunismus-Kritiker auf der anderen Seite. James Carey, der Delegationsleiter, legte großen Wert darauf, möglichst viele Fabriken zu besichtigen, um die Arbeitsbedingungen amerikanischer Arbeiter mit denen russischer Arbeiter vergleichen zu können. Unter anderem besichtigte die Delegation das Kirov-Werk in Leningrad, wo der sowjetische T-34 Panzer hergestellt wurde, also zur damaligen Zeit ein durchaus modernes Produkt. Sein Urteil war wenig schmeichelhaft:

“The Kirov works was built in 1811, and it was a government arsenal at the time. They built chain and cannonball. The damned plant, even in 1945, looked like it was built in 1811, and it would not have been allowed to operate in this country or in many other countries of the world because of the conditions under which the people had to work.”²⁵³

Dieser Ansicht wollten sich die sechs Kommunisten bzw. Linken der CIO-Delegation nicht anschließen. Ganz im Gegenteil sangen sie bei jeder Gelegenheit das Hohe Lied der Sowjetunion, und zwar in einer Tonlage, die selbst den Gastgebern, den Funktionären vom sowjetischen Gewerkschaftsbund, befremdlich vorkam. So berichtet James Carey von einer Unterhaltung mit einem sowjetischen Gewerkschaftsfunktionär, dem Leiter der wissenschaftlichen Abteilung des sowjetischen Gewerkschaftsbundes. Die beiden kannten und mochten sich seit einem Besuch des Russen in den USA, so erzählte Carey. Der Russe – Carey nennt ihn lediglich bei seinem Vornamen, Alex – kam auf einem Empfang auf Carey zu und sagte:

“I don’t understand Preesman and Robason,” meaning of course Lee Pressman and Reid Robinson.

I said, “Hell, those two fellows are Communists and they profess to be your friends. What is it that you don’t understand or dislike about them?”

And he proceeded to describe the situation and I said, “Why, Alex, you’re calling them Quislings.”

“That’s the word, that’s the word, Quisling.” Then he went on to explain that when Pressman makes a statement he talks about the Red Army but doesn’t mention the American Air Force; when he talks about Stalin, he doesn’t mention Roosevelt. And Reed

1956-1958. (New York times oral history program: Columbia University Collection, pt. 2,) p.338

²⁵³ ibid. p.344

Robinson doesn't talk about the people of the United States in the friendly way that he should – because they're a great people. He cited that Robinson made a toast to the women of the Soviet Union and he forgot about the women of the United States.²⁵⁴

Carey nahm den Russen mit auf die andere Seite des Raumes, wo Pressman und Robinson standen, so daß dieser seine Fragen im Beisein der beiden amerikanischen Kommunisten wiederholen konnte. Diese Anekdote illustriert nicht nur anschaulich den großen Stellenwert, der dem Patriotismus in der russischen politischen Kultur eingeräumt wurde, sondern auch die ausgesprochene Moskau-Hörigkeit der amerikanischen Kommunisten. Obwohl diese Quelle ausgesprochen plastisch und eingängig ist und seit 1958 (sic!) zugänglich ist, ist sie bisher nirgends in der Sekundärliteratur auch nur erwähnt, geschweige denn diskutiert worden.

Zusammenfassung

Der CIO hatte große Schwierigkeiten, vom Modell der *One World* und der friedlichen und konfliktfreien Kooperation der Großmächte Abstand zu nehmen und sich auf die Realität des beginnenden Kalten Krieges einzustellen. Rechte wie Linke, Sozialdemokraten wie Kommunisten klagten immer wieder die Verwirklichung des tatsächlichen oder vermeintlichen Roosevelt'schen außenpolitischen Konzeptes ein. Die Linke reagierte auf den neuen, stärker konfrontativen Kurs der amerikanischen Außenpolitik mit heftigen Angriffen gegen die Administration. So wurde Außenminister Byrnes wiederholt der Kriegstreiberei bezichtigt. Das Muster der außenpolitischen Orientierung der Linken im CIO setzte sich bruchlos fort: Die innergesellschaftliche Strategie blieb den Interessen der Sowjetunion untergeordnet.

Auch bei den Sozialdemokraten im CIO gab es großes Unbehagen über die wachsenden Spannungen in der Anti-Hitler-Koalition. Sie forderten eine Politik der Großmachtkooperation und nicht der Konfrontation. Doch im Gegensatz zur

²⁵⁴ ibid. p.348

Linken waren sie nicht bereit, die Administration frontal anzugreifen. Kurz nach Kriegsende sind die Äußerungen rechter Funktionäre gegenüber der Sowjetunion noch sehr freundlich, und die Iron-Curtain-Rede Churchills stößt auch bei ihnen auf Ablehnung. Doch im Jahre 1946 häufte sich das demonstrative Beharren auf den Grundsätzen der Atlantik-Charta und der Vier Freiheiten. Doch selbst bei denjenigen, die die Sowjetunion offen als aggressive Großmacht verurteilen, fehlt der Hinweis auf eine wünschenswerte - wie auch immer geartete - Kooperation der Großmächte nicht.

Die nicht ganz eindeutige Haltung der Sozialdemokraten in dieser außenpolitischen Umbruchphase hat im wesentlichen zwei Gründe. Zum einen waren sie verunsichert durch den konfrontativen Kurs Trumans während der großen Streiks der Jahre 1945 und 1946. Truman oszillierte zwischen der Unterstützung wichtiger gewerkschaftlicher Forderungen wie z.B. dem *Employment Act* von 1946, der Ausweitung der Arbeitslosenversicherung²⁵⁵ und seiner Anerkennung der Legitimität der tarifpolitischen Forderungen der Arbeitnehmer einerseits, und andererseits einer scharfen öffentlichen Zurechtweisung der Gewerkschaften bis hin zur Forderung, das Streikrecht begrenzt einzuschränken. Truman war für den CIO nicht klar einzuordnen.²⁵⁶ Diese Unsicherheit machte es den Gewerkschaftern schwer, sich uneingeschränkt hinter die Administration zu stellen. Auch die Tatsache, daß es oft die innenpolitisch reaktionärsten Politiker waren, die eine harte Haltung gegenüber der Sowjetunion forderten, ließ einen kompromißlosen außenpolitischen Konfrontationskurs dubios erscheinen.

²⁵⁵ Vgl. dazu Ballard, Jach Stokes: *The Shock of Peace. Military and Economic Demobilization after World War II*. U. Pr. of America, Washington D.C., 1983, p.126-127

²⁵⁶ Der Umgang mit dieser Unsicherheit mochte den Gewerkschaftern umso schwerer fallen, als es an der Tarifffront während des Krieges kaum Auseinandersetzungen gegeben hatte. Eine fast abgöttische Verehrung des verstorbenen Präsidenten ließ darüber hinaus offensichtlich vergessen, daß es in den Jahren vor dem Kriegseintritt durchaus auch mit Roosevelt Konflikte gegeben hatte.

Zum anderen waren nicht nur die Sozialdemokraten im CIO beunruhigt über die aufbrechenden Spannungen in der Siegerkoalition. Sie verhielten sich kaum anders als die amerikanische Öffentlichkeit insgesamt: verunsichert und erschreckt. In dieser Situation lag der Rekurs auf die Rooseveltsche Außenpolitik bzw. außenpolitische Rhetorik der Großmachtkooperation nahe. Doch zum Nachlaß Roosevelts gehörten auch die Grundwerte der Atlantik-Charta und Vier Freiheiten, die zunehmend von den Sozialdemokraten gegenüber der Sowjetunion eingeklagt wurden. Die konfliktfreie Kooperation der Großmächte und die Durchsetzung dieser Grundwerte schlossen sich jedoch aus.

Als grundlegend neues Element in der Politik des CIO taucht in dieser Phase eine eigenständige, von der Regierung unabhängige, Außenpolitik auf. Der CIO verfolgte hartnäckig die Gründung einer neuen internationalen Gewerkschaftsorganisation (wobei die Konkurrenz zur AFL unbestreitbar eine große Rolle spielt) und deren Integration in den ECOSOC gegen den erklärten Willen der amerikanischen Regierung. Dieser grundlegend neue Aspekt im Verhalten des CIO - eine eigenständige, sub-staatliche Außenpolitik - wird in der Sekundärliteratur zwar beschrieben, nicht jedoch in seiner Tragweite erkannt.